



GRÜNE Schweiz

Miro Poffa
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

miro.poffa@gruene.ch
031 326 66 12

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation UVEK

Per Mail an: finanzierung@bav.admin.ch

Bern, 30. Juli 2025

Totalrevision des Bundesgesetzes über den Transport von Gütern auf der Schiene, auf dem Wasser und mit Seilbahnen; Umsetzung auf Verordnungsstufe (Totalrevision der Gütertransportverordnung und weitere Verordnungsänderungen im Bereich Gütertransport); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN Schweiz zur Stellungnahme zur Totalrevision des Bundesgesetzes über den Transport von Gütern auf der Schiene, auf dem Wasser und mit Seilbahnen; Umsetzung auf Verordnungsstufe (Totalrevision der Gütertransportverordnung und weitere Verordnungsänderungen im Bereich Gütertransport). Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Mit der Totalrevision der Gütertransportverordnung wird das im März 2025 vom Parlament verabschiedete Gütertransportgesetz auf Verordnungsstufe umgesetzt. Die Absicht des neuen Gesetzes, den Schienengüterverkehr zu stärken, wird nur mit zusätzlichen Massnahmen erreicht werden können. Die Verordnung muss den neuesten Entwicklungen Rechnung tragen. Diese zeigen, dass solche Massnahmen dringend notwendig wären: Die angekündigte Schliessung von Terminals durch SBB Cargo oder die Einstellung der Rollenden Landstrasse zeigen, dass zentrale Infrastrukturen und Dienstleistungen des Schienengüterverkehrs unter Druck stehen. Dabei stehen diese Entwicklungen im deutlichen Widerspruch zu den übergeordneten verkehrs- und klimapolitischen Zielsetzungen des Bundes.

Entsprechend setzt die nun vorliegende GüTV ein Gesetz um, das den heutigen Herausforderungen nicht gerecht wird. Es braucht deutlich stärkere Impulse – sowohl finanzieller wie auch struktureller Art – zugunsten der Schiene.

Die GRÜNEN fordern deshalb, die vorliegende Verordnungsanpassung dahingehen zu überarbeiten, als dass Mittel für Investitionsbeiträge an Umschlags- und Verladeanlagen, sowie die pauschalen Umschlags- und Verladebeiträge substantiell erhöht werden. So kann der Krise von Verladeangeboten entgegengewirkt werden. Als Eigner soll der Bundesrat

gegenüber der SBB zudem für das Interesse an einem starken und zukunftsfähigen Schienengüterverkehr entschlossen eintreten.

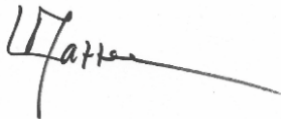
Die GRÜNEN fordern den Bundesrat weiter auf zu prüfen, inwiefern die Anliegen der Kommissionsmotion 25.3949 der Verkehrskommission des Nationalrates in der vorliegenden Vernehmlassung umgesetzt werden können. Mit einer deutlichen Mehrheit fordert die Kommission darin, die freiwerdenden Gelder für die RoLa in den Jahren 2026 bis 2030 für zusätzliche Fördermechanismen für alpenquerende Schienengütertransporte einzusetzen. Eine Möglichkeit besteht darin, für alpenquerende Transporte einen erhöhten Verladebeitrag vorzusehen und damit gezielt Mittel aus der aufgehobenen RoLa im Rahmen der GüTV für die Umsetzung des Verlagerungsziels einzusetzen.

Weiter ist leider festzustellen, dass der Sektor Verkehr die von der Stimmbevölkerung beschlossene CO₂-Reduktion von -57% bis 2040 gegenüber 1990 nur sehr schwer erreichen wird. Entsprechend sind deutlich stärkere Bemühungen notwendig, um die Dekarbonisierung des Strassengüterverkehrs und die Verlagerung auf umweltschonendere Verkehrsträger voranzutreiben.

Die GüTV bleibt in ihrer jetzigen Form hinter den verkehrs-, umwelt- und klimapolitischen Erfordernissen zurück. Die GRÜNEN fordern den Bundesrat deshalb auf, seinen Handlungsspielraum konsequent im Sinne des Verlagerungsziels zu nutzen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone
Präsidentin



Miro Poffa
Fachsekretär Umwelt, Energie und Verkehr